



Am kommenden Wochenende werden in Frankreich landesweit Spenden für Lebensmittel-Verteilstellen gesammelt.

Die Lebensmittelbanken verzeichnen in diesem Jahr einen Anstieg von „9% der Begünstigten“ im Vergleich zu 2022, warnt Laurence Champier, Generaldirektorin der Lebensmittelbanken, am Dienstag, den 21. November auf dem Sender Franceinfo. Heute beginnt die 39. Spenden-Kampagne der Restos du Coeur und an diesem Wochenende wird die nationale Spendensammlung für die Lebensmittelbanken stattfinden.

Diese Sammelkampagne „ist absolut wichtig, damit unsere Freiwilligen den Begünstigten genug geben können“, betont Laurence Champier. Insgesamt, so Champier, verteilen die Lebensmittelbanken etwa 224 Millionen Mahlzeiten an Bedürftige.

„Lebensmittel sind der zweitgrößte Ausgabenposten der Haushalte“.

Die Generaldirektorin der Lebensmittelbanken erinnert daran, dass in diesem Jahr einige Empfänger aufgrund fehlender Vorräte abgelehnt werden könnten, da die Zahl der Empfänger aufgrund der Inflation deutlich steigt. „Die Auswirkungen sind sehr stark“, sagt sie, „Lebensmittel sind zum ersten Mal der zweitgrößte Posten bei den Haushaltsausgaben“. Die Inflation betrifft aber auch die Tafeln, bedauert Laurence Champier, die von „Schwierigkeiten, eine möglichst vielfältige und breite Nahrungsmittelhilfe für die Empfänger bereitzustellen“ spricht.

Champier ist besorgt über die Auswirkungen, die die Verknappung auf die Ernährung bestimmter Personen, insbesondere Kinder, haben könnte. Es sind dieses Jahr 136.000 Empfänger, im Alter von 0 bis 3 Jahren von den Lebensmittelbanken aufgenommen worden. Champier spricht auch die Möglichkeit an, dass bestimmten Personen in diesem Winter die Nahrungsmittelhilfe verweigert werden könnte, und kritisiert: „Es ist undenkbar, dass wir im Jahr 2023 Freiwillige haben, die sich verpflichtet sehen, eine Wahl zu treffen, das darf nicht sein.“ Die Generaldirektorin der Lebensmittelbanken erinnert daran, dass 67 % aller Menschen, die die Lebensmittelbanken besuchen, erklären, dass sie nicht ohne sie auskommen könnten.